

Sozialismus.de

Heft 11-2022 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



Dierk Hirschel: Harte Tarifrunde im Öffentlichen Dienst
Debatte: Projekt »IG Metall vom Betrieb aus denken«

Beiträge u.a. von

Christine Morgenstern, Peter Wahl, Florian Weis, Friedrich Steinfeld, Hinrich Kuhls, Klaus Bullan, Bernhard Sander, Bernhard Müller, Björn Radke



**Forum
Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.Sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion
zwischen den monatlichen
Printausgaben im Netz auf
www.Sozialismus.de

Das Kanzler-Machtwort

Nach wochenlangem Streit hat Olaf Scholz (SPD) den Weiterbetrieb von drei Atomkraftwerken bis April 2023 angeordnet. Die Grünen hatten auf ihrem Parteitag gefordert, nur zwei Meiler am Netz zu lassen, die FDP beharrte dagegen auf den Weiterbetrieb auch des AKW Emsland. [...]

Anschläge mit Ansage?

Die Gasbindungen aus Russland sind nach ihrer politischen Stilllegung nun durch Anschläge auf die Erdgasleitungen Nord Stream 1 und 2 auch physisch gekappt. Wer die Anschläge bei Bornholm in der dänischen und schwedischen Wirtschaftszone, aber außerhalb der Hoheitsgewässer, verübt hat, bei denen große Löcher in die Pipelines gesprengt wurden, ist bisher unbekannt. [...]

Ökologischer Hyperrealismus

Im Mittelpunkt des Parteitags der Grünen stand das Selbstverständnis der Friedenspartei in Kriegszeiten und der Öko-Partei in Zeiten von Wirtschafts- und Energiekrise. Der dreitägige Bundesparteitag mit rund 800 Delegierten war das erste Vor-Ort-Treffen der Grünen seit Beginn der Corona-Pandemie. [...]

Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und Leser:innen das konkret machen könnten, steht ebenfalls unter
www.Sozialismus.de

Frauen-Proteste

Friedrich Steinfeld: Götterdämmerung für die Mullahs?
Zuspitzung der inneren Konflikte im Iran 2

Europäisches Durcheinander

Peter Wahl: Von der Kunst, sich selbst ins Knie zu schießen
Das Brüsseler Management der Energiekrise und sein geopolitischer Kontext 7

Hinrich Kuhls: Chaostage der Tory-Regierung
Zur Staatskrise im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland 11

Bernhard Sander: Streiks als Strategie in der Umweltkrise?
Der »heiße Herbst« in Frankreich 16

Dauerkrisen

Björn Radke: COP 27 – Klimaziele neu ausrichten 21

Joachim Bischoff: Die Zeichen stehen auf Rezession
Talfahrt der Globalökonomie 25

Herausforderungen für die Berliner Republik

Christine Morgenstern: Was ist zu tun?
Frauenpolitik für eine gerechte Gesellschaft 31

Bernhard Müller: Stresstest für die »Mitte«?
Preisexplosionen, Energiekrise, Vertrauensverluste 35

Klaus Bullan: »Das deutsche Bildungssystem braucht ein Update«
Ergebnisse der OECD-Studie: Bildung auf einen Blick 2022 41

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Nicht Getriebene, sondern Treiber
Das Organisationsentwicklungsprojekt »IG Metall vom Betrieb aus denken« . . 45

Vorbereitungskreis der Konferenz »Offensive Gewerkschaftliche Politik« (OGP)
Die IG Metall für die Zukunft aufstellen 46

Dierk Hirschel: Zusammen geht mehr!
Zur Tarifrunde im öffentlichen Dienst (Bund und Kommunen) 48

Otto König/Richard Detje: »Willst du den Kampf gewinnen,
steige nie auf ein totes Pferd« – Tarifrunden mit viel Zündstoff 51

Stephan Krull: Beschäftigungsperspektiven durch Konversion?
Klimakatastrophe und Industriearbeit 54

Historische Wegmarken

Mario Keßler: Erinnerung an Menschheitsverbrechen –
geteilt und doch gemeinsam 57

Florian Weis: Eigensinniger Marxist, weltberühmter Historiker
Zum 10. Todestag von Eric Hobsbawm 61

Impressum | Veranstaltungstipps | Film

Impressum 9

Tipps zum Hingehen oder Online 64

Klaus Schneider: Triangle of Sadness (Filmkritik) 65

Was ist zu tun?

Frauenpolitik für eine gerechte Gesellschaft

von ■ Christine Morgenstern



»... eine Welt, die so ungerecht bleibt, wie sie ist, nur dass das Verhältnis von Frauen und Männern überall fifty-fifty beträgt (...), ist kein Fortschritt (...) Ungerechte Geschlechterverhältnisse (...) sind lediglich Symptome von Ungerechtigkeiten, die viel tiefer liegen. Deshalb können sie auch nicht mit oberflächlichen Gleichstellungsinitiativen gelöst werden, sondern verlangen radikale, an die Wurzel gehende Analysen und Aktionen.« (Antje Schrupp)

Eine offensive Gleichstellungspolitik

Die alte und die Neue Frauenbewegung haben maßgeblich dazu beigetragen, dass scheinbar rein private Bereiche wie Ehe und Familie, Sexualität, Schwangerschaft, Kindererziehung und Gewalt zu gesellschaftlichen und politischen Themen geworden sind. Sie haben das Bewusstsein dafür geschärft, dass diese Bereiche im Lichte der politischen und

gesellschaftlichen Verhältnisse zu sehen sind und dass strukturelle Verbesserungen für Frauen in Richtung Gleichberechtigung nur mit strukturellen Maßnahmen erreicht werden können. Dazu ist eine Politik notwendig, die insgesamt auf eine gerechte Verteilung von Arbeit, Macht, Geld und Zeit abzielt.

Für die Frauen- und Gleichstellungspolitik bedeutet das: Die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern, die noch immer prägende Kraft hat, muss im Lichte der gesellschaftlichen Verhältnisse gesehen und grundlegend verändert werden. Sie sichert die volle Arbeitskraft der männlichen Erwerbstätigen, die von Haus- und Familienarbeit lange Zeit vollkommen entlastet waren und den Nachwuchs an Arbeitskräften. Diese »Reproduktionsarbeit«, die auch heute noch überwiegend von Frauen geleistet wird und die essenziell für die Familie und für die Gesellschaft (auch für die Wirtschaft!) ist, blieb und bleibt quasi unsichtbar, weil sie nicht als »Arbeit« wahrgenommen

wird, sondern als Ausdruck von Liebe und Fürsorge.

Dort, wo sie auf dem Arbeitsmarkt sichtbar ist, in den sozialen Berufen (typischerweise »Frauenberufen«), wird sie skandalös schlecht bezahlt, nicht zuletzt, weil sie keinen »Marktwert« hat. Dahinter steht ein Menschenbild, das »einen Finanzberater oder einen Waffenproduzenten besser (honoriert) als einen Menschen, der tatsächlich einen Wert für die Gesellschaft erzeugt, also zum Beispiel gesunde Kinder großzieht oder alte Leute versorgt. Ein Frauenthema ist Care-Arbeit nur deshalb, weil sie als weiblich gilt – und Frauen nach wie vor häufiger und mehr Care-Arbeit verrichten als Männer«, wie Ina Praetorius, die in der Schweiz 2015 den Verein »Wirtschaft ist Care« gegründet hat, feststellt.¹

Viele Hürden wurden bereits genommen, um die geschlechtsspezifische Rollenverteilung aufzubrechen: Im Ehe- und Familienrecht, mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung und den Gleichstellungsgesetzen, mit dem Ausbau des Hilfesystems für von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen und mit wichtigen Gesetzen und Kampagnen. Gleichstellung im Sinne von echter Emanzipation ist aber mehr als moderne Familienpolitik, mehr als Schutz vor Gewalt, mehr als Quoten und Parität. Zur Gleichstellung von Frauen und Männern im Sinne echter Emanzipation gehören ebenso Schutz vor Armut, vor Ausbeutung, vor Diskriminierung und vor Marginalisierung. Nur, wenn die Gleichstellungspolitik auch diese sozialen Themen in den Blick nimmt, und auf die politische Tagesordnung setzt mit dem Ziel einer gleichberechtigten und sozial gerechten

Christine Morgenstern hat viele Jahre in der Landesregierung Rheinland-Pfalz die Frauenabteilungen in den jeweils zuständigen Ministerien geleitet. Vom Mai 2015 bis zu ihrem Ruhestand im Februar 2019 war sie Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Bei diesem Beitrag handelt es sich um das Schlusskapitel ihres gerade im VSA: Verlag erschienenen Buches »Gleichstellung. Impulse aus der Frauenbewegung und Erfahrungen aus einem Vierteljahrhundert Frauenpolitik«.

¹ Ina Praetorius: »Care-Arbeit: ›Wer hat eigentlich verdient, gut zu leben?‹«, 11.2.2019; www.zeit.de/arbeit/2019-01/care-arbeit-pflege-kinder-eltern-ina-praetorius

Gesellschaft, wird die Emanzipation aller Frauen nachhaltig zu erreichen sein.

Es geht um nicht weniger als um eine Gesellschaft, die *allen* Menschen ein gutes Leben ermöglicht, in der der gesellschaftliche Reichtum nicht bei ganz wenigen konzentriert ist, in der Umwelt und Natur geschützt und so die natürlichen Ressourcen auch für die nachfolgenden Generationen gesichert werden. Es geht um eine Gesellschaft, die nicht zulässt, dass einige wenige nicht nur die Erde zerstören, sondern jetzt auch noch dabei sind, sich das Weltall anzueignen und zu vermüllen. August Bebel gab schon 1895 zu bedenken, dass es »keine Befreiung der Menschheit (gebe), ohne die soziale Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter«. ² Für ihn gab es aber auch umgekehrt keine Befreiung der Frauen ohne die Lösung der sozialen Frage.

Was bedeutet das für die Perspektiven der Frauenbewegung heute? Nancy Fraser beschreibt die Wege der Frauenbewegung so: »In dem einen Szenario fasste (die Bewegung zur Befreiung der Frauen) eine Welt ins Auge, in der Gender-Emanzipation mit partizipatorischer Demokratie und sozialer Solidarität Hand in Hand ging; in einem zweiten Szenario aber verhiß sie eine neue Form des Liberalismus, der Frauen ebenso wie Männern zu den Segnungen individueller Autonomie, vermehrter Wahlmöglichkeiten und eines meritokratischen Aufstiegs verhelfen könne.« ³

Für mich liegt auf der Hand: Der erste Weg ist der schwierigere, denn es geht

um eine Veränderung der Verhältnisse. Ohne Veränderung der Verhältnisse wird es auch nicht den »Respekt für alle« geben, von dem die SPD in ihrem Wahlprogramm »Aus Respekt vor deiner Zukunft – Das Zukunftsprogramm der SPD« gesprochen hat. Darin kommt das Wort Respekt 66-mal vor, das Wort soziale Gerechtigkeit zweimal. Als gäbe es keinen Zusammenhang zwischen dem Respekt für jeden Einzelnen und den Verhältnissen, in denen die Menschen leben! Respekt allein genügt da nicht.

Wir brauchen eine Veränderung der Verhältnisse für eine Gesellschaft, in der jeder Mensch *tatsächlich* – nicht nur auf dem Papier – die gleichen Chancen und Rechte hat, in der eine menschenwürdige Existenz gesichert ist, eine Gesellschaft, in der eine gute Gesundheitsversorgung und bezahlbares Wohnen ebenso selbstverständlich sind wie die Versorgung mit Energie und Wasser, digitale Teilhabe und eine auskömmliche Rente im Alter.

Gleichstellungspolitik hat den Vorteil und die Herausforderung, dass sie als Querschnittsaufgabe auf alle Politikbereiche einwirken und auf die Beseitigung struktureller Ungerechtigkeit und Diskriminierungen aller Art hinwirken kann und soll. Fortschrittliche Gleichstellungspolitik sollte, wenn sie wirksam und nachhaltig sein will und wenn sie in einem entsprechenden politischen und gesellschaftlichen Umfeld den notwendigen Spielraum hat, auch auf eine Neuverteilung von Arbeit, Macht, Geld und

Zeit setzen. Sie muss strukturelle Ungleichheiten nach Klasse, Geschlecht und Migration hinterfragen und auf ihre Überwindung hinarbeiten. Wichtige Handlungsansätze dafür sind

- eine gerechte Verteilung und Organisation der gesellschaftlich notwendigen Arbeit: sowohl der (bezahlten) Erwerbsarbeit als auch der (unbezahlten) Haus- und Familienarbeit, um Frauen und Männern ökonomische Unabhängigkeit zu ermöglichen. In der Familienpolitik sind weitere Anreize erforderlich, um die Elternschaft gleichberechtigt zu gestalten
- eine gerechte Verteilung des Geldes: Väter und Mütter müssen Erwerbsarbeit und Familienarbeit miteinander in Einklang bringen können, ohne in finanzielle Probleme zu geraten. Sowohl in der bezahlten Erwerbsarbeit als auch steuerrechtlich müssen Fehlanreize zulasten erwerbstätiger Frauen abgebaut werden (zum Beispiel das Ehegattensplitting und die Steuerklassenkombination 3/5)
- die Abschaffung der Minijobs, mindestens aber eine deutliche Absenkung der Geringfügigkeitsgrenze, um existenzsichernde Einkommen zu ermöglichen und Negativanreize zu vermeiden, ebenso gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Dazu ist ein höherer Mindestlohn unumgänglich
- Steuergerechtigkeit: Jährlich werden in Deutschland 80 bis 150 (!) Milliarden Euro an Steuern den Finanz-

VSA: Impulse aus der Frauenbewegung

Im Buchhandel oder direkt bei:
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg, info@vsa-verlag.de
www.vsa-verlag.de



Christine Morgenstern
Gleichstellung

Impulse aus der Frauenbewegung
und Erfahrungen aus einem
Vierteljahrhundert Frauenpolitik
288 Seiten | EUR 19,80
ISBN 978-3-96488-161-8

Die Frauenbewegung hat maßgeblich zu der Einsicht beigetragen, dass Verbesserungen für Frauen in Richtung Gleichstellung nur mit strukturellen Maßnahmen möglich sind. Dazu ist eine Politik notwendig, die insgesamt auf eine gerechte Verteilung von Arbeit, Macht, Geld und Zeit setzt.

ämtern vorenthalten.⁴ Diese Mittel fehlen für den Ausbau der sozialen Infrastruktur, für die Unterstützung bedürftiger Menschen, im Bildungsbereich und an vielen anderen Ecken und Enden. Nur, wenn die Vermögenden einen angemessenen Beitrag zum Gemeinwohl und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten, können unsere sozialen Sicherungssysteme wieder ausreichend finanziert und dauerhaft stabilisiert werden.

- Schließlich gehört dazu auch, Gewaltverhältnisse zu überwinden: Sowohl die Gewalt auf der individuellen Ebene, als auch die strukturelle Gewalt, die sich in Ausgrenzung zeigt, in Diskriminierung, Ungleichbehandlung, in Abwertungsmechanismen und in einer Politik, die ein Gegeneinander statt ein gutes Miteinander fördert und die Gesellschaft spaltet: Erwerbstätige gegen »Hartzler«, Junge gegen Alte, Kinderlose gegen Familien mit Kindern, Deutsche gegen Zugewanderte, Geimpfte gegen Ungeimpfte – die Liste ließe sich endlos fortsetzen.

Die Frauenbewegung kann ein wichtiger Motor sein, um die notwendigen Veränderungen voranzubringen. Frauen- und Gleichstellungspolitik ist in den letzten Jahren vor allem deshalb so erfolgreich, weil sie gut und intensiv mit einer wirkmächtigen und hervorragend vernetzten Frauenbewegung zusammenarbeitet. Diese ist in den vergangenen Jahren wieder stärker geworden – auch, weil sie mit anderen Bewegungen zusammenarbeitet und weil sie sich professionalisiert hat. Das hat der Frauen- und Gleichstellungspolitik Rückenwind gegeben für Gesetze, Initiativen und Projekte, die sonst am Widerstand der Konservativen gescheitert wären. Dieses Pfund gilt es, noch stärker zu nutzen und den Blick darauf zu richten, dass man die Situation von Frauen langfristig nur in einer sozial gerechten Gesellschaft verbessern kann.

Auch wenn die institutionalisierte Frauen- und Gleichstellungspolitik nur begrenzte Möglichkeiten hat, die Verhältnisse insgesamt zu verändern, sollte sie diese Veränderungsnotwendigkeit immer im Blick haben und ihre Möglichkeiten nutzen. In meiner langjährigen gleichstellungspolitischen Arbeit

habe ich immer wieder die Erfahrung gemacht, dass die größeren und erst recht die großen Schritte nur gemeinsam, in Offenheit und wechselseitigem Vertrauen möglich sind.

Die Frauen- und Gleichstellungspolitik braucht nach wie vor eine Frauenbewegung, die sie fordert, antreibt und ihr in stürmischen Zeiten Rückenwind geben kann. Die Frauenbewegung wiederum braucht eine Frauen- und Gleichstellungspolitik, die ihre weitergehenden Forderungen ernst nimmt und möglichst transparent kommuniziert. Beide Akteure müssen sich dabei ihrer unterschiedlichen Rollen und Möglichkeiten bewusst sein.

Was Anfang der 1990er-Jahre zu Beginn meiner Arbeit in Rheinland-Pfalz wie Konkurrenz aussah, weil die Frauenbewegung und die Gleichstellungsbeauftragten für uns im Ministerium durchaus kritisch und fordernd waren, hat sich als notwendige Schubkraft herausgestellt. Vor allem dann, wenn die Forderungen nicht nur an das für Gleichstellung zuständige Ministerium adressiert wurden, sondern auch an die Fachressorts, an den Ministerpräsidenten und an den Landtag. Je gemeinsamer, konkreter und fachlich fundierter die Forderungen an die Adresse der gesamten Regierung, an die Verwaltung und an das Parlament herangetragen wurden, desto mehr wuchs die Bereitschaft, sich damit auseinanderzusetzen.

In Rheinland-Pfalz führte auch die Nähe des Landesfrauenbeirats zur Landesregierung, für die er als Beratungsgremium eingerichtet worden war, zu einem sehr guten Austausch, der – wenngleich nicht immer sofort – häufig perspektivisch wirksam wurde. Auf Bundesebene gibt es viele Zusammenschlüsse, die wichtige Kooperationspartner der Bundesregierung sind: Der Deutsche Frauenrat als Dachverband ist hier an erster Stelle zu nennen, aber auch der Deutsche Juristinnenbund und viele Initiativen, Vereine und Projekte.

Die Frauenministerinnen, die ich in meiner Zeit auf Landes- und auf Bundesebene erlebt habe, hatten das Vertrauen und die Rückendeckung der Frauenorganisationen und -verbände, was maßgeblich zu ihrer Durchsetzungskraft und zu ihren Erfolgen beigetragen

hat. Ein wichtiger Erfolgsfaktor ist natürlich auch eine politisch starke Frauenministerin, die sowohl die Frauenfrage als auch die soziale Frage im Blick hat und im Parlament und im Kabinett gut verankert ist.

Gleichberechtigung – ein universelles Menschenrecht

Gleichberechtigung von Frauen und Männern gehört zu den Menschenrechten, die die Vereinten Nationen in der »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« beschlossen haben (Resolution 217 A III vom 10.12.1948). Für die Frauenpolitik und für die Frauenbewegung bedeutet das, eine »Welt ins Auge (zu fassen), in der Gender-Emanzipation mit partizipatorischer Demokratie und sozialer Solidarität Hand in Hand«⁵ gehen.

Zwei Milliarden Menschen auf der Welt leiden unter Mangelernährung, die große Mehrheit, 1,4 Milliarden, sind Frauen und Mädchen. Hohe Müttersterblichkeit, Hunger, Mangelernährung, schlechtere Bildungschancen für Mädchen und sexualisierte Gewalt kennzeichnen vielfach ihre Lage.⁶

Gleichberechtigung von Frauen und Männern kann die Gesellschaften insgesamt stärken und ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen: »Wenn Landwirtinnen den gleichen Zugang zu produktiven Ressourcen bekommen, wie Männer ihn haben, steigt ihre Produktivität so stark, dass hochgerechnet auf alle Entwicklungsländer rund 3% mehr Nahrung produziert würde und damit etwa 15% weniger Menschen hungern müssten.«⁷ Es lohnt sich also

² August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Einleitung zur 25. Auflage 1895, Frankfurt a.M. 1977, S. 30.

³ Nancy Fraser: »Neoliberalismus und Feminismus: Eine gefährliche Liaison«, Blätter für deutsche und internationale Politik, 12/2013.

⁴ Kai Bussmann: »Jan Disteldorf, Klaus Ott, Nils Wischmeyer: Neue Steueraffäre – Auch in Frankfurt ermittelt die Staatsanwaltschaft«, Süddeutsche Zeitung, 19.10.2021.

⁵ Nancy Fraser (siehe Anm. 3).

⁶ Carsta Neuenroth: »Geschlechtergerechtigkeit als Weg aus Hunger und Armut«, www.brot-fuer-die-welt.de/themen/gleichberechtigung.

⁷ Carsta Neuenroth: »Geschlechter- Ungerechtigkeit hat viele Gesichter«, www.brot-fuer-die-welt.de/blog/2021-gleichberechtigung-ist-eine-schnecke/.

doppelt, in Gleichberechtigung zu investieren, weil sie allen zugutekommt.

Die Welt retten – mit einem starken Bündnis

1979 mahnte die »International League for Peace and Freedom« in einem Appell, dass »die Frauenbewegung keinen Sinn (habe), wenn aus ihr nicht der Wille der Frauen (erwache), den Kampf um ihre eigene Freiheit mit dem Kampf für die Befreiung von allen Formen der Unterdrückung zu verbinden. Die befreite Frau (könne) es nicht zulassen, dass ein Land das andere« unterdrücke.⁸

Das kann die Frauenbewegung allein nicht schaffen. Überall auf der Welt brennt es – auch im wörtlichen Sinne: Wälder, Steppen, ganze Landschaften, die durch Umweltkatastrophen vernichtet und ganze Länder, die durch Kriege zerstört wurden und werden. Das eine geht nur zu oft mit dem anderen einher, wie man an den brennenden Ölfeldern im Irak gesehen hat, an den verheerenden Giftgasangriffen mit Agent Orange im Vietnam-Krieg und an den gigantischen Schäden, die Atombombenversuche und -abwürfe angerichtet haben. Die fürchterlichen Zerstörungen in der Ukraine sind das jüngste Beispiel.

Wir brauchen deshalb ein breites und starkes Bündnis all derer, die sich für Geschlechtergerechtigkeit engagieren, für soziale Gerechtigkeit und für Frieden und Abrüstung. Kurzum: Für ein gutes Leben für alle Menschen – in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt. Dazu gehören auch die Bewegungen, die sich für den Erhalt und die Schonung unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen. Denn wenn das Klima kollabiert, stirbt der Planet und stirbt der Mensch.

Im Pariser Klimaabkommen, das auf der 21. Klimakonferenz am 12.12.2015 beschlossen wurde, haben sich die unterzeichnenden Staaten politisch verpflichtet, die Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter auf »deutlich unter« zwei Grad Celsius zu begrenzen, mit Anstrengungen auf 1,5 Grad Celsius. Dazu müssen die Treibhausgasemissionen drastisch reduziert, die Fähigkeit zur Anpassung an den Kli-

mawandel gestärkt und die dafür notwendigen Mittel aufgebracht werden. Das muss politisch so gestaltet werden, dass das ökologisch Notwendige nicht zulasten des Sozialen geht.

Eine solchermaßen konsequente Klimapolitik muss *alle* Bereiche einbeziehen! Derzeit fällt ein maßgeblicher Bereich aus den Überlegungen zum Erreichen des Klimaziels ganz heraus: das Militär. Allein der Irakkrieg soll einer Studie der Nichtregierungsorganisation »Oil Change International« zufolge 141 Millionen Tonnen CO₂-Ausstoß in vier Jahren verursacht haben! Das entspricht 25 Millionen zusätzlicher Autos auf Amerikas Straßen, über ein ganzes Jahr hinweg.⁹ Trotzdem bleiben Rüstung und kriegerische Interventionen zurzeit völlig außen vor – obwohl auch sie dramatisch zur Klimakrise beitragen!

Ein Forscherteam der Brown University in Rhode Island, USA, bezifferte in einer Studie den Kohlendioxid-Ausstoß des US-Verteidigungsministeriums zwischen 2001 und 2017 auf 1,2 Milliarden (!) Tonnen. Allein im Jahr 2017 seien es 59 Millionen Tonnen gewesen. Das ist mehr, als ein Industrieland wie Schweden insgesamt verursacht.

Die Ärzt/-innenorganisation IPPNW (International Physicians for the Prevention of Nuclear War; Name der deutschen Sektion: IPPNW Deutschland – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.) weist im Zusammenhang mit dem Koalitionsvertrag 2021–2025 auf die umweltzerstörenden Effekte militärischer Aufrüstung hin: »Militär, Rüstungsindustrie und Krieg verbrauchen ungeheure Mengen an fossilen Brennstoffen und verursachen massive Umweltschäden durch verseuchte Böden und Gewässer, Brände und Flächenverbrauch.«¹⁰

Und kein Ende in Sicht. Im Gegenteil: Die Ost-West-Beziehungen befinden sich nicht nur an einem gefährlichen Kipppunkt. Der Krieg gegen die Ukraine könnte zum Funken im Pulverfass werden, der die Welt an den Abgrund bringt. Die Frauenrechtsorganisation Medica Mondiale hat in der Stellungnahme eines breiten Bündnisses zur Umsetzung des 3. Aktionsplanes der Bundesregierung zur UN-Resolution

1325 deutlich gemacht: »Außerdem bedauern wir, dass die Bundesregierung sich auch im 3. NAP nicht zu einer expliziten Friedenspolitik bekennt und einen stärkeren Fokus auf zivile Krisenintervention legt. Militärische Strategien sind keine nachhaltigen Instrumente zur Friedensförderung, auch wenn diese geschlechtergerecht ausgestaltet werden.«¹¹ Hätte sie das mal getan!

Auch das Frauennetzwerk für Frieden kritisiert, dass nach dem Koalitionsvertrag 2021–2025 »die Rüstungsausgaben sehr wahrscheinlich weiter ansteigen (werden), direkt zu Beginn der neuen Legislaturperiode soll über die Tornado-Nachfolge entschieden werden, und mit bewaffneten Drohnen wird die Bundesregierung nun auch aufgerüstet.«¹² Genau diese neue Rüstungsspirale ist jetzt durch den Krieg Russlands in der Ukraine eingetreten. Und sie wird durch das ausschließlich auf militärische Konfliktlösung ausgerichtete Agieren der Staaten des Westens weiter angeheizt.

Frauenbewegung, Umweltbewegung und Friedensinitiativen engagieren sich für die elementaren Grundlagen nicht nur unserer Gesellschaft, sondern der ganzen Welt. Im Idealfall könnte sich daraus ein starkes Bündnis für ein gerechtes, gesundes und friedliches Zusammenleben entwickeln. Diese Themen zusammenzudenken, vielleicht in einer gemeinsamen Zukunftskonferenz, auf der globale Zukunftsperspektiven und ein gemeinsames Vorgehen beschlossen werden, wäre ein großer Schritt. Es geht um unser aller Zukunft.

⁸ Kristen R. Ghodsee: »Die roten Großmütter der Frauenbewegung«, Le Monde diplomatique, 8.7.2021; monde-diplomatique.de/artikel/15783386.

⁹ Felix Eick: »Krieg und Rüstung – Die vergessenen Klimasünder«, 29.8.2020; www.welt.de/wirtschaft/article211016375/CO2-Emissionen-Krieg-und-Ruestung-die-vergessenen-Klimasünder.html.

¹⁰ »Wegweisender Klimaschutz« mit Militär und Atomenergie unvereinbar; IPPNW-Pressemitteilung vom 25.11.2021; www.ippnw.de/presse/artikel/de/wegweisender-klimaschutz-mit-milit.html.

¹¹ Medica Mondiale: Frauen, Frieden und Sicherheit – Zivilgesellschaftliche Stellungnahme vom 25.2.2021 zum 3. Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung »Frauen, Frieden und Sicherheit«; www.medicamondiale.org/frauen-frieden-sicherheit-frauenrechte-un-resolution-1325.html.

¹² www.frauennetzwerk-fuer-frieden.de/.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo (www.Sozialismus.de). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten). Ich möchte die Buchprämie Kapital 68er ABC
- Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

